

## NEWSLETTER

### “SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”

Vertreter von OSEC und SEC in Kooperation mit SIPPO und SOFI

Mitglied der Dachorganisation SwissCham

Regelmässige Herausgabe seit 1998 alle 14 Tage

[www.swissbalticchamber.com](http://www.swissbalticchamber.com), e-mail: [swisschamber@sbcc.ee](mailto:swisschamber@sbcc.ee)

Kiriku 2, EE-10130 Tallinn, Estland

Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77

6 Seiten Datum: 26.10.2007

## WIRTSCHAFT

### Erfreuliche Statistiken

Laut der am Dienstag veröffentlichten Eurostat Statistik hatte Estland im vergangenen Jahr die niedrigste Staatsverschuldung und den drittgrössten Haushaltsüberschuss. Der Haushaltsüberschuss Estlands betrug 2006 3,6% des BIP (Dänemark 4,6% und Finnland 3,8%).

Zum ersten Mal wurde Estland in den von „Foreign Policy Magazine“ und „A.T. Kearney Inc.“ erstellten Globalisierungsindex aufgenommen und plazierte sich als Newcomer auf Platz 10. Den zehnten Platz erreichte Estland deshalb, weil seine Wirtschaft sehr eng mit dem Aussenhandel und mit Investitionen verbunden ist, ausserdem sei Estland sehr offen für Touristen und Geschäftsreisende.

Die globalisiertesten Länder der Welt sind Singapur, Hongkong, Holland, die Schweiz und Irland. Der diesjährige Index beruht auf Informationen aus dem Jahre 2005.

### Doch eine „harte Landung?“

Der Zentralverband der Arbeitgeber Estlands empfiehlt allen Unternehmen bei der Erstellung der 2008 Budgets die Frage der Gehaltserhöhungen möglichst konservativ anzugehen und wandte sich mit der gleichen Forderung auch an Staatsbehörden und Arbeitgeber des öffentlichen Sektors. Laut Schätzungen des Zentralverbandes dürften die Gehälter im kommenden Jahr nicht mehr als 5 bis 10% steigen. Die am 15. Oktober veröffentlichte Wirtschaftsprognose der Estnischen Nationalbank sieht für 2008 ein Wirtschaftswachstum von 4,3% vor. Im schlimmsten Fall kann das Wirtschaftswachstum sogar negativ sein. Zur Vermeidung des Risikoszenariums müssen die Gehaltserhöhungen streng in Grenzen gehalten werden. Sollten die Gehaltserhöhungen im nächsten Jahr ausser Kontrolle geraten, sei Estland von einer Hyperinflation, hoher Arbeitslosigkeit und einer langfristig fallenden Konkurrenzfähigkeit bedroht, so die Nationalbank

### Lettische Banken erhöhen ihre Depositenzinsen



Mehrere lettische Banken haben innerhalb einer Woche ihre Depositenzinsen um beinahe 1/3 erhöht und begründen ihr Angebot mit der Kompensierung der Verluste durch die Inflation. Die Finanzexperten wiederum sind der Meinung, dass dieser Schritt nicht die Inflation kompensieren kann und ein Risiko für die Banken bedeutet. Die höchsten Jahreszinsen liegen zurzeit bei Depositen mit einer Laufzeit von 3 oder 6 Monate bei 9 und 10%. Seit Oktober 2006 haben sich die Zinssätze verdoppelt.

## Neues Passagierterminal in Vilnius



Der Flughafen von Vilnius eröffnete am vergangenen Freitag sein neues 100 Mio. Litas (29 Mio. EUR) teures Passagierterminal. Das neue Terminal soll dem Flughafen helfen, Passagiere die in der Schengen-Zone reisen von Reisenden von ausserhalb der Schengen Länder zu separieren und die steigende Passagierzahl zu bewältigen. Die Bauarbeiten des neuen Terminals begannen im Mai 2006. Der

insgesamt 17 000 m<sup>2</sup> umfassende Anbau soll die jährliche Passagierzahl auf bis zu 3 Mio. Fluggäste erhöhen. In diesem Jahr erwartet der Flughafen insgesamt 1,7 Mio. Kunden. Am 1. Januar 2008 soll Litauen dem Schengener Abkommen beitreten.

## Mit Ryanair von Kaunas nach Glasgow

Die irische Billigfluggesellschaft Ryanair wird am Sonntag eine neue Fluglinie zwischen Kaunas und dem schottischen Glasgow eröffnen. Die Strecke wird zwei Mal die Woche befliegen. Laut dem ebenfalls am Sonntag in Kraft tretenden Winterflugplan fliegt Ryanair aus Kaunas in insgesamt sechs Destinationen in Grossbritannien, Deutschland und Irland. Geplant ist auch eine Ryanair –Verbindung ab Tallinn nach London, Dublini, Stockholm, Frankfurt und Milano.

## Lidl zieht zurück

Die deutsche Supermarktkette Lidl liess erklären, dass sie ungefähr 2/3 ihrer in Litauen für den Bau von Lidl Läden erworbenen Grundstücke verkauft hätte. Die Firma ist zurzeit dabei, aus dem baltischen Markt zurückzuziehen ohne dass sie in den Jahren ihrer Tätigkeit in Estland, Lettland und Litauen einen einzigen Supermarkt eröffnet hätte. Ungünstige Marktverhältnisse seien laut Lidl der Grund, warum die Firma den baltischen Markt verlässt.

## POLITIK

### Kristiina Ojuland wurde zur Vizepräsidentin der Europäischen Liberalen gewählt



Auf ihrem Anfang der Woche in Berlin stattgefundenen Kongress wählten die Europäischen Liberalen: „Demokratische und Reformpartei“ (ELDR) die Vizepräsidentin des estnischen Parlaments und ehemalige Aussenministerin Kristiina Ojuland zur ihrer Vizepräsidentin. „Estlands Bevölkerung ist eine der kleinsten in der ganzen EU. Gerade deshalb ist es wichtig den Entscheidungen nahe zu stehen und in den Führungsorganen der europäischen Strukturen zu sein,“ betonte Ojuland die Wichtigkeit ihres neuen Amtes.

In den Jahren 1999 – 2002 war Kristiina Ojuland Vizepräsidentin der ELDR. Seit 2007 ist Frau Ojuland stellvertretende Vorsitzende des estnischen Parlaments. Ihre Kandidatur wurde vom liberalen Premierminister Estlands, Andrus Ansip, vorgeschlagen.

## Ansip gegen Änderungen des Bürgerschaftsgesetzes

Der estnische Premierminister Andrus Ansip unterstützt nicht die Ideen über die Änderungen des Bürgerschaftsgesetzes, die den Antragstellern ermöglichen würden, die zur Erteilung der



Staatsbürgerschaft notwendige Prüfung der Staatskunde in einer Fremdsprache, z.B. in Russisch, abzulegen. „Es werden keine Änderungen am Gesetz vorgenommen,“ sagte Ansip am Dienstag in einem Interview mit dem russischsprachigen Rundfunksender „Raadio 4“. Er fügte hinzu, dass die Erteilung der Staatsbürgerschaft durch Naturalisierung in ganz Europa am liberalsten sei. „Ich bin der Meinung, dass die Absolvierung dieser Prüfung in Estnisch keine Probleme für die Kenntnisse des Grundgesetzes darstellen. Gute Kenntnisse der estnischen Sprache sind sowieso Voraussetzung der Staatsbürgerschaft,“ sagte der Regierungschef.

### **Umfrage in Sachen Vertrauen in Estland**



Laut Ergebnissen einer neuen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Turu-uuringute AS“ zu Folge, sei die Zuverlässigkeit des Parlaments, der Regierung, des Premierministers und der Parteien in den letzten vier Monaten am meisten gefallen. Unmittelbar nach den im April stattgefundenen Unruhen sei das Vertrauen zu den staatlichen Einrichtungen sehr rasch gestiegen, laut letzten Angaben fiel die Zuverlässigkeit allerdings unter den vor der Krise geherrschten Stand. Am meisten vertrauen die Esten ihrem Grenzschutz und ihrer Nationalbank, am wenigsten den privaten Medien, dem Parlament und den politischen Parteien.

Bedauerlicherweise sei auch das Vertrauen der Esten zur Europäischen Union gefallen. Letzteres lasse sich mit auf die geplante deutsch-russische Gaspipeline zurückführen.

### **Regierungskrise in Lettland**



Das lettische Parlament unterstützte auf seiner am Mittwoch stattgefundenen Plenarsitzung nicht den von der oppositionellen „For Human Rights in United Latvia“ eingebrachten Vorschlag über die Auflösung des Parlaments und das Misstrauensvotum gegen den Premierminister (links im Bild) durch ein Referendum. Der Vorschlag wurde von 21 Parlamentariern unterstützt und von 54 abgelehnt. Es gab 11 Stimmenthaltungen. Der oppositionelle Parlamentarier Jakovs Pliners unterstrich, dass die Gewerkschaften bestimmt genügend Unterschriften sammeln können, um ein Misstrauensvotum zu initiieren. Vor der Parlamentsabstimmung sagte Pliners: "Ich rufe sie auf, für die Macht der Menschen und die Stabilität des Staates zu stimmen". Die hinter dieser Initiative stehenden politischen Kräfte sind der Meinung, dass die Gesetzesänderung unbedingt notwendig sei, da die heutige Situation es nicht ermöglicht, dass die durch das Volk gewählte regierende Koalition ihre Versprechungen nicht einhält und gegen die Interessen des Volkes handelt. Paragraph 2 der heutigen Verfassung besagt, dass die souveräne Macht dem lettischen Volke gehört und durch das Parlament und die Volksabstimmung ausgeübt wird. Der Verband der Lettischen Gewerkschaften hat die Vorschläge des Premierministers Aigars Kalvitis über vorher versprochene Gehaltserhöhung abgelehnt. Die Gewerkschaften sind der Meinung, dass sie in ihren Verhandlungen mit der Regierung und dem Premierminister ihre Forderungen auf einem bescheidenen Niveau hielten. Gewerkschafterchef Peteris Krigeris sagte: "Wenn wir die hohe Inflation berücksichtigen, könnten wir auch mehr verlangen. Wir respektieren aber die Versuche der Regierung einen Haushalt mit Überschuss zu machen".

Die von den Gewerkschaften verlangten Mittel seien laut Krigers realistisch. Die Gewerkschaften haben beschlossen, auf ihre Forderungen nicht zu verzichten und Protestaktionen fortzusetzen, bevor das Parlament den 2008 Haushalt verabschiedet, der mit den Interessen von Arbeitnehmern rechnet.

Der Premierminister sagte am Mittwoch, dass die Gewerkschaften ständig mit neuen Forderungen kämen, die die Regierung nicht erfüllen könne. Er fügte hinzu, dass es keine Klarheit gebe, da die Vereinbarungen über die Gehälter im Gesundheitswesen noch nicht erreicht seien.

Die Gewerkschaften sammelten 2000 Unterschriften für eine Änderung der Verfassung, die dem Volke die Möglichkeit gibt, das Parlament aufzulösen. Zur Initiierung der Gesetzesänderung sind 10 000 Unterschriften erforderlich.

Der 2008 Haushalt, der einen Haushaltsüberschuss von 1% des BIP vorsieht, fand auf seiner am Mittwoch stattgefundenen ersten Lesung die Unterstützung von 57 Parlamentariern und wurde von 38 abgelehnt. Die Unterstützung kam aus den Reihen der Koalition und die Gegenstimmen von den oppositionellen Parteien. Die Parlamentsabgeordneten können ihre Vorschläge für die auf den 8.November geplante zweite Lesung bis zum 25.Oktober einreichen. Premierminister Aigars Kalvitis sagte, dass die Unterstützung des Parlaments davon zeuge, dass die Frage sehr ernst genommen wurde und äusserte seine Hoffnung, dass Vereinbarungen und Kompromisse gefunden werden. Der Haushaltsüberschuss beträgt 163 Mio. Lats (232 Mio. EUR). Im kommenden Jahr rechnet der lettische Staat mit Einnahmen in Höhe von 5,498 Mrd. Lats und Ausgaben von 5,335 Mrd. Lats.

Am Dienstag fand im lettischen Parlament ein durch die Opposition initiiertes Misstrauensvotum gegen die Regierung von Premierminister Aigars Kalvitis statt. Mit einem Ergebnis von 38 JA und 56 NEIN Stimmen war das Schicksal der Abstimmung entschieden und das Votum durchgefallen. Der Fraktionsvorsitzende der oppositionellen Partei „Neue Zeit“ Dzintars Zakis sagte: „Sollte Kalvitis im Amt bleiben, wird die Zukunft Lettlands als eines demokratischen Staates unter Gefahr gesetzt“.

Die lettische Regierung hat innerhalb einer kurzen Zeit drei Minister verloren. Als letzter reichte Aussenminister Artis Pabriks seine Rücktritt ein, weil er gegen die Entlassung des Leiters der Anti- Korruptionsbehörde Aleksejs Loskutovs ist. Gleichzeitig wurde der Regionalminister Aigars Stokenbergs im aus der Regierung entlassen. Stokenbergs war ebenfalls gegen die Entlassung von Loskutovs.

Die lettische Regierung plant die Entlassung des Leiters der Korruptionsbekämpfungsbehörde Loskutovs, da die Verwendung der Mittel seiner Institution bereits seit Jahren nicht den gesetzlichen Forderungen entspreche. Seit September ist der Posten des Wirtschaftsministers unbesetzt. Kalvitis kommentierte seine Zukunft als Premierminister wie folgt: „Darüber werden wir erst nach der Verabschiedung des Haushaltes am 8.November diskutieren.“. Laut inoffiziellen Informationsquellen sei der Rücktritt von Kalvitis bereits beschlossen. Die Verabschiedung des Haushaltes würde dem Premierminister und seiner Partei, der Volkspartei, helfen, diesen Moment im Ehrenlicht zu überstehen.



Mehrere unzufriedene Mitglieder der regierenden lettischen Parteien sind der Meinung, dass die zurzeit sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft herrschende schwierige Situation ein fruchtbarer Boden zur Entstehung von neuen politischen Parteien sei. So sagte auch der seit kurzem entlassene Regionalminister Aigars Stokenbergs, dass er die Absicht hätte, eine neue Partei zu gründen.

### **Lettlands Premierminister Kalvitis kommentierte den Haushalt 2008**

Der lettische Premierminister Aigars Kalvitis sagte am Mittwoch, dass Lettland nicht vor einer Wirtschaftskrise stehe, gab aber zu, dass es bestimmte Schwierigkeiten gebe. "Die Situation ist nicht einfach, sie ist kompliziert. Die Gespräche des Finanzministers mit Vertretern des IMF hätten es bewiesen. „Ich lehne aber jegliche Meinungen ab, als herrsche in Lettland eine Wirtschaftskrise," sagte Kalvitis. Es sei nicht möglich über eine Wirtschaftskrise zu reden, wenn das Wirtschaftswachstum bei 11% liege und die Gehälter um 30-35% stiegen. Die grössten Probleme liegen laut Kalvitis in der durch interne Nachfrage angetriebenen hohen Inflation und im Kontodefizit. "Es ist wichtig, dass der Verbrauch zurückgeht, die Leute nicht nur von Krediten leben und optimistisch über die Zukunft der Wirtschaft sind," kommentierte Kalvitis. Der Premierminister erklärte, warum die Budgetplanung für 2008 so konservativ sei und sagte, dass eines der Ziele dieses Haushaltes die Reduzierung der Inflation sei. "Wenn wir dieses Budget nicht überleben, ist jede nächste Regierung mit noch grösseren Schwierigkeiten konfrontiert," warnte Kalvitis.

### **Litauen feierte den Jahrestag der Verfassung**

Litauen feierte am 25.Oktober den 15.Jahrestag seiner Verfassung. Aus diesem Anlass versammelten die Parlamentarier sich am Donnerstagmorgen zu einer Plenarsitzung. Am Nachmittag wurde im Rathaus ein feierlicher Empfang gegeben, auf dem der Präsident Valdas Adamkus mit einer Rede auftrat. Die Verfassung der Republik Litauen wurde auf einem Referendum am 25.Oktober 1992 verabschiedet. Der litauische Staat konstituierte sich damit als parlamentarische und demokratische Republik.

### **10 % der Litauer verdienen „schwarz“**

Eine am Mittwoch veröffentlichte Eurobarometer Studie zeigte, dass jeder zehnte Litauer sein Gehalt ganz oder teilweise „schwarz“ erhalten hätte. Mit diesem Ergebnis liegt Litauen nach Rumänien (23%), Lettland (17%), Bulgarien (14%) und Polen (11%) auf „Platz fünf“ unter den EU-Staaten. Die Zahl der Bezieher eines unoffiziellen Gehaltes in Estland beträgt 8%. Die transparentesten Länder in dieser Hinsicht sind Dänemark, Frankreich, Luxemburg, Grossbritannien und Malta, wo nur 1% der Bevölkerung ihr Einkommen nicht versteuern. Der EU-Durchschnitt liegt bei 5%.

### **Sozialdemokraten in Litauen die beliebteste politische Kraft?**



Wenn in Litauen morgen Wahlen wären, würden die Sozialdemokraten und die Konservativen „die Sahneschicht der Stimmen abschneiden“, machte eine von der Tageszeitung „Lietuvos Rytas“ durchgeführte Studie deutlich. Laut Umfrageergebnissen geniessen die Sozialdemokraten unter ihrem Führer, Ex-Premierminister Algirdas Brazauskas (Links) zurzeit eine Unterstützung von 14,7%, die Konservativen dagegen 13,2%. 11,9% der Wähler würden ihre Stimme für die Liberaldemokraten geben. Die Arbeitspartei genießt eine Popularität von 10,2%. Knapp über der 5%-Hürde liegen die Sozialliberalen mit 5,2%. Für die Bauernunion (4,3%) , die Liberale Bewegung (3%), die Liberalzentristen (2,7%) würden die Pforten zum Parlament geschlossen bleiben.

## **Ein Bekenntnis zu Europa**

Die österreichische Botschafterin Angelika Saupe-Berchtold, seit Januar dieses Jahres in Tallinn akkreditiert, gab anlässlich des Nationalfeiertages der Österreicher am gestrigen Donnerstag in der Akademie der Wissenschaften einen Empfang und hielt dabei eine eindruckliche Ansprache, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten.

Frau Saupe war bis zu ihrer Berufung zur Botschafterin in Estland Leiterin des österreichischen Generalkonsulates in Zürich, während ihr inzwischen pensionierter Gatte, Aurel Saupe, als österreichischer Botschafter in Bern wirkte. Beide kennen und schätzen die Schweiz als guten Nachbarn.

*„Heute anlässlich unserer Feier des Nationalfeiertages dürfen wir mit Stolz und Freude auf ein gutes und erfolgreiches Jahr für Österreich zurückblicken. Österreich ist eine politisch und gesellschaftlich stabile wohlhabende Demokratie im Herzen eines geeinten und friedlichen Europa. Wie es auch Estland ist. Die Beziehungen zwischen Estland und Österreich sind sowohl in politischer, wirtschaftlicher als auch kultureller Hinsicht ausgezeichnet und drücken sich in einer guten und engen Zusammenarbeit aus.*

*Seit März dieses Jahres heißt unser Außenministerium nicht mehr „Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten“ sondern **„Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten“**. Dieser neue Name ist Programm. Er unterstreicht die Offenheit aber auch die Verwobenheit, Partnerschaft und Solidarität, die unsere internationalen Beziehungen prägen. Europa soll in Österreich nicht als etwas Auswärtiges, Fremdes gesehen werden. Wir alle sind Europa! Wir sind Träger und aktive Mitgestalter unserer gemeinsamen europäischen Zukunft. Mit dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten als Österreichs Vernetzungszentrale für Europa und die Welt. Und wir als österreichische Botschaft hier in Tallinn als Vernetzungszentrale für unsere Beziehungen mit Estland.*

*Österreich ist sowohl ein aktives Mitglied der internationalen Gemeinschaft wie auch der europäischen Union.*

*Bereits seit mehr als 50 Jahren ist Österreich Mitglied der Vereinten Nationen und hat sich in dieser Zeit insbesondere in den Bereichen Friedenserhaltung, Entwicklung des Völkerrechts, friedliche Streitbeilegung und Menschenrechte aktiv engagiert. Dieses Bekenntnis unseres Landes zu einer aktiven Wahrnehmung unserer Verantwortung als weltoffenes und solidarisches Mitglied der internationalen Gemeinschaft kommt auch in der Beteiligung Österreichs an Friedensoperationen auf drei Kontinenten zum Ausdruck. Vom Westbalkan über die Golanhöhen bis in den Kongo stehen etwa 1.100 Österreicherinnen und Österreicher im Rahmen der Vereinten Nationen, im Rahmen der Europäischen Union und im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden im Einsatz. Im Vergleich zu seiner Bevölkerungsgröße ist dies eine hohe Zahl.*

*Österreich möchte sich aber auch in den nächsten Jahren weiterhin als verlässlicher Partner in einer multilateralen Welt erweisen und zusätzlich Verantwortung in den Vereinten Nationen übernehmen. Daher kandidiert Österreich im Jahr 2008 für einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für die Periode 2009/2010. Wir hoffen, dass die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen uns ihr Vertrauen auch schenken werden.*

*Wie Sie alle wissen, wurde beim letzten informellen Rat der Regierungs- und Staatschefs in Lissabon der neue EU-Reformvertrag, der „Vertrag von Lisabon“ heißen wird, beschlossen. Sowohl Österreich wie Estland gaben von vornherein ihre Unterstützung für diesen neuen Vertrag und so können wir uns gemeinsam darüber freuen“.*